

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 422.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Druckerei: Die Halle u. Magdeburger Druckerei, Halle a. S., Poststraße 87, (Eingang von der Poststraße).  
Verlag: Die Halle u. Magdeburger Druckerei, Halle a. S., Poststraße 87, (Eingang von der Poststraße).

Zweite Ausgabe

Verlag: Die Halle u. Magdeburger Druckerei, Halle a. S., Poststraße 87, (Eingang von der Poststraße).

Freitag, 9. September 1910.

Verlag: Die Halle u. Magdeburger Druckerei, Halle a. S., Poststraße 87, (Eingang von der Poststraße).

### Sittliche Cholera.

Aus Anhalt kommen jetzt immer wieder Nachrichten über Missetaten, die bei der Senatorenrevision ans Licht gekommen sind und die in der Tat eine höchst bedauerliche Missetat erkennen lassen. Insbesondere beruht diese in der Intendantur, die das russische Heer heute ebenso wenig zur Schlagfertigkeit kommen läßt, wie 1905 den Japanern gegenüber.

So wird jetzt berichtet, daß Senator Wemmer bei der Revision der Intendanturverhältnisse in Ostpreußen in hohem Maße missbilligend aufgetaucht ist. Sämtliche Beamte, darunter General Lang, wurden dem Gericht übergeben. Unter anderen hatten die betrügerischen Beamten ein großes Krondepot, das vier Millionen Mark präferenzierte, teils im Auktionswege zu Schleuderpreisen verkauft, teils verberden lassen. Wieder muß man feststellen, daß dies Vorkommnis nicht etwa vereinzelt dasteht, sondern als Durchschnittsfall bezeichnet werden muß. Die „St. Petersburger Zeitung“ bringt eine Zusammenfassung aus den Ergebnissen der gegen die Intendantur gerichteten Revision, die geradezu erschreckend wirkt.

Immer neue Gruppen von Intendanten werden ihrer Ämter entsetzt und zur Verantwortung gezogen. Schon mangelt es an Kräften zur Erledigung der laufenden Geschäfte, schon ist der Plan angedeutet, gewisse Kategorien der rotbärtigen Intendanten temporär, bis zur Fälligkeit des Urteils, wieder zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten heranzuziehen — mit einem Wort, es scheint, als sei das sündige Ressort vollkommen erschüttelt. Aber dann lauten auf einmal in der Presse keine Notizen und Nachrichten auf, die zeigen, daß dieses im alten Trotz weiter geht, daß das sündliche Leben wenigstens zum Teil fort dauert, das die Intendanten führten, bevor dem Senator Garin das Nachschloß eingehändigt wurde. Die Geschäftsführung der Hauptverwaltung läßt nach wie vor so ziemlich alles zu wissen übrig, noch wie vor wird das, was man in der Intendantur Ständesinteresse nennt, eifrig gewahrt.

Das genannte Petersburger Blatt bringt für das sehr herbe klingende Urteil Zeugnisse, deren Beweiskraft leider nur zu unanfechtbar erscheint. So beröfentlichte kürzlich die Hauptverwaltung des Intendanturrefforts in mehreren Mäthern eine an ihre Glieder gerichtete offizielle Mitteilung, in der es heißt, daß diese die Summen, die ihnen für die Zeit vor dem Jahre 1909 zuzuführen, noch nicht erhalten können, da die betreffenden Dokumente vorher noch von der Reichskontrolle geprüft werden müssen.

In schändlichen Worten wird also festgestellt, daß die Glieder des Militärs nicht mehr als zwei Jahre auf die Befriedigung ihrer Forderungen warten müssen — um wie viel mehr, das bleibt im Dunkeln. Aber augenscheinlich wird es noch eine geraume Zeit dauern, da sich die Hauptverwaltung sonst sichtlich zu einer so kompromittanten Mitteilung entschlossen hätte. Und aus dem Wortlaut der Veröffentlichung geht ungewöhnlich hervor, daß die Schuld an dieser Verzögerung nicht etwa der Kontrolle aufgebürdet werden kann. Die Dinge liegen offenbar so, daß die Intendantur die nötigen Dokumente noch nicht fertiggestellt hat.

Die Garin'sche Revision hat also auf die von ihr nicht berührte Hauptverwaltung aus keinen indirekten Einfluß ausüben können: es bleibt bei der alten Trödelerei, der alten Schluderverwaltung. Und doch ist es eine von niemandem herrührende Tatsache, daß gerade die Rangamkeit und Nachlässigkeit, mit der die Gläubiger befristet werden, es sind dem Fiskus empfindlichen Schaden zufügen. Sie führen nicht nur zur Erhöhung der Preise für alle Lieferungen, sie bilden auch den günstigsten Boden für Durchstreichereien jeder Art.

Noch bezeichnender ist eine zweite, jetzt durch russische Mäthern bekannt werdende Tatsache. Bekanntlich sind für die Intendantur-Offiziere vor einiger Zeit Ehrengrenze eingeführt. Diese sollten den betreffenden Offizieren natürlich nach der Absicht der entscheidenden Stelle besseres Gehalt einfließen. In Wirklichkeit scheinen sie nur dazu zu dienen, den hergebrachten fiktiven Begriff eines besonderen „gemeinschaftlichen Ständes-Interesses“ der Intendantur zu beseitigen, der das genaue Gegenteil bürgerlicher Ansichten von Pflicht und Ehre ist. Bezeichnend dafür ist folgender Fall, der aus Anhalt gemeldet wird. Vor dem dortigen Ehrengrenze hatte sich als erster zu verantworten ein Kapitän Beck. Er hat sich in ehrenrühriger Weise über die Offiziere der kaiserlichen Intendantur und insbesondere einen derselben, namens Romanow, geäußert. Das wäre gewiß tadelsüchtig, wenn es nicht in gewisser Weise in diesem Falle aber hat Kapitän Beck in dienstlichem Auftrag die Tätigkeits Romanow's zu untersuchen gehabt. Und die ihm zur Last gelegten Ausprüche hat er auf Grund des hierbei gesammelten Materials dienstlich getan.

Dafür kommt er vor das Ehrengrenze... Ein ähnlicher Fall: Vor drei Jahren erhielt ein Intendantur-Offizier Winter in Anhalt bei der Hauptverwaltung eine Klage über die in Anhalt bestehenden Zustände ein. Er wurde daraufhin auf Anordnung seiner unmittelbaren

Vorgesetzten seinerseits als verleumderischer Denunziant in Anklagezustand versetzt und natürlich seines Amtes entsetzt. Seitdem sind jene Vorgesetzten selbst einer Senatorenrevision zum Opfer gefallen. Winter aber bleibt im Anklagezustand und kann es nicht durchsetzen, daß seine Angelegenheit zu Ende geführt wird. Er hat zwar einen Befehl des Kriegsministers erwirkt, daß die Erledigung seines Falles beschleunigt werde. Aber seitdem sind bereits 6 Monate verstrichen, und es ist nichts geschehen. Nun hat er in einem Rapport gebeten, in Unterwürdigkeit genommen zu werden, da er von dem ihm ausgereichten verfürzten Gehalte nicht leben kann und er jede Hoffnung auf baldige Verhandlung seiner Sache aufgegeben hat.

Ob diese Bitte jemals erfüllt werden wird, erscheint bei dem Einflusse des durch Winter in seinen „Ständesinteressen“ verletzten Müngels mehr als zweifelhaft, obwohl Winters Unschuld zum mindesten in hohem Grade wahrscheinlich erscheint. Das alles sind bedauernde Zustände, die schließlich auch für uns feineswegs gleichgültig sind. Sie beweisen einerseits, daß wir die Schlagfertigkeit eines Heeres nicht übermäßig zu fürchten haben, dessen Verwaltung in der hier zum Zuge tretenden Weise an der sittlichen Cholera leidet. Auf deutscher Seite wird man aber weit davon entfernt sein, sich einer derartigen unehrenhaften Schadenfreude hinzugeben, denn, obwohl die derzeitige konfessionslose Richtung im russischen Heere eine uns im hohen Grade feindselige Politik betreibt, würde es doch mehr als kurzlich sein, wenn wir verkennen wollten, daß zwei große Reiche wie Deutschland und Rußland bei ihrer langgestreckten Grenze und ihren vielfachen wechselseitigen Beziehungen auch in geistiger und sittlicher Hinsicht aufeinander angewiesen bleiben. Doch in Anhalt gebene läßt sich nicht einwirken gewiß nicht auf unsere Beamten ein, immerhin gibt es in mehr als wünschenswerter Ueberzahl Leute, welche die der russischen Missetat zugrunde liegenden Anschauungen uns ins Land hineinschleppen. Und schließlich nähern gerade die hier entthüllten Zustände wieder und immer wieder die revolutionäre Strömung im Zarreiche, die in ihrer bedenkenlosen Gleichgültigkeit das Feuer des russischen Vortruges auch auf unser Reichthum herüber zu blasen liebt. Es ist überhaupt nicht der tapere Feind und noch viel weniger der lauzere Nachbar, den man zu fürchten hat. Wir haben zurzeit auf russischer Seite nichts so sehr zu fürchten als den Schmutz, der die Cholera dort zur lebendigen Brandpest gemacht hat und den noch weit gefährlicheren geist-sittlichen Schmutz, der in seiner Beamtenmissetat wieder und immer wieder zum Ausdruck kommt. Ein taperes und sittlich gefestigtes Rußland dagegen würde uns ein sehr viel erwünschterer Nachbar sein und würde zweifelsohne auch besser zum Deutschen Reiche stehen. Denn wenn wir hinein leuchten in die inneren Trübsen des russischen Reichthums, so liegen sie in dem uns entgegenstehenden Gesicht unserer sittlich-sittlichen Ueberlegenheit.

### Zum Kaisermandat

erfahren wir aus Christiburg, 8. September: Die blaue Armee gedachte auf der ganzen Linie gegen Osten vorzugehen und hat überall anzugreifen, wo sie darauf stehen würde. Das 17. Armeekorps ging zwischen dem Oberrhein und dem Draufensee vor, die ihm unterstellte Kavalleriedivision gegen den Elbing. Die Kavallerie ergreift sich den Uebergang über den Elbingfluß bei Elbing gegen schmale rote Truppen. In der Gegend nördlich von Christiburg entwickelte sich ein größeres Gefecht, indem das blaue (17.) Korps hier gegen das weisse rote vorkam. Die Kavallerie trat auf beiden Seiten in lebhaftes Gefecht. Das Kavallerie „B. 2“ operierte den ganzen Vormittag. Das Wetter ist regnerisch. Die Wege sind aufgeweicht. Der Kaiser hat morgens Briefe abgelesen und ist bei Radolow zu Pferde gestiegen. Graf S. J. J. und die anderen Mandatgeber beobachteten die Kavalleriedivision.

Eine spätere Meldung aus Pr.-S. Holland besagt: Das blaue Armeekorps scheint auch die weisse Seite gewonnen zu haben. Hat sich nördlich zurückgezogen und hat Stellungen etwa in Linie Girsfeld-Grünhagen eingenommen. „M. 3“ operierte nachmittags über Not.

Bei Redaktionschluss geht uns aus Pr.-S. Holland noch folgender ausführlicher Bericht über die Kruppenbewegungen an geistlicher Lage zu:

Die blaue Kavalleriedivision E ging heute vormittag 10 Uhr über den Elbingfluß meist auf Wontons, die Pferde schwenkte dann nach Süden herum gegen den Not fest und schloß sich dem roten Heere an. Das rote Detachement bei Elbing hat sich nach Osten zurückgezogen. Der blaue hat Flügel der 36. Division, hatte, von Dirschau kommend, bei Marienburg die zerstörte Brücke über die Rogat wiederherstellen müssen und hat gegen Abend Elbing erreicht. Weiter südlich erreichten die blaue 35. und 41. Division vormittags 10 Uhr den Abschnitt der weissen Seite. Um 12 Uhr ging die 35. Division bei Baumgart auf Köhnen, Füßen und anderen unvorbereiteten Uebergangsmitteln

über den Fluß, gleichzeitig die 41. Division bei Christiburg in östlicher Höhe; hier schloß man die ersten Infanterien unbesiegt über den Fluß, um Transportmittel vom selbstigen Ufer heranzubringen. Die rote 73. und 74. Brigade warteten hier überall den Angriff von Wau nicht ab, sondern zogen sich südlich auf Girsfeld, Schönbühl und Grünhagen hinter den Oberländerkanal zurück, wo sie wieder in Frontstellung gingen. Die rote zweite Division, von GutsMuth heranziehend, schloß sich rechts mit nach Norden zurückgebohenem rechten Flügel an. Beide Bataillone sind über die feindseligen Stellungen gekommen. Auf den blauen Ballon wurde mehrfach mit einer Ballontonne geschossen auf 3000 bis 4000 Meter, was durch Leuchttratten markiert wurde. — Prinz August Wilhelm ist für die Mandat zum Stabe des Grenadier-Regiments könig Friedrich Wilhelm der Erste (zweites Ostpreussisches) Nr. 3 kommandiert. Seine Majestät der Kaiser verweilt vormittags längere Zeit bei Storchow nördlich Radolow, machte einen Besuch beim Grafen Dohna auf Panthen, begräbt in der Nähe von Pr.-S. Holland den Grafen S. J. J., besuchte das rote Hauptquartier in Dultshagen und nahm Wohnung im fürstlich Dolmolden Schloß Schlobitten.

### Ressortveränderungen in preussischen Ministerien.

Man schreibt uns: Seit einiger Zeit schweben Erwägungen innerhalb der preussischen Regierung über eine Unterstellung des gesamten Fortbildungswesens, des gewerblichen wie des landwirtschaftlichen, unter das Kultusministerium. Es würde hierdurch in den Ministerien für Handel und für Landwirtschaft eine Abwegung wichtiger Teile ihres bisherigen Geschäftsbereiches eintreten. Um die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel zu beurteilen, muß man sich erinnern, daß bis zum Jahre 1884 sowohl das gewerbliche wie das landwirtschaftliche Fortbildungswesen dem Kultusministerium unterstand. Fürst Bismarck als preussischer Ministerpräsident erkannte jedoch, daß die Forderung für die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses mit Rücksicht auf die steigende Bedeutung unserer Industrie im internationalen Wettbewerb derjenigen Stelle übertragen werden mußte, der auch sonst die Wahrnehmung der Interessen des Handels- und Gewerbestandes obliegt, und der wegen ihrer ständigen Beziehungen zu den gewerblichen Ständevertretungen die Bedürfnisse dieser Berufsstände am besten bekannt sind. Aus diesen Erwägungen wurden im Jahre 1884 die Fortbildungsschulen dem Ministerium für Handel und Gewerbe unterstellt, von wo die landwirtschaftlichen Schulen, für welche sich eine stärkere Betonung ihres Charakters als Fachschulen als notwendig herausstellte, im Jahre 1895 an das Ministerium für Landwirtschaft übergingen. Von diesem Zeitpunkt ab setzte dann ein Aufschwung in der Entwicklung unseres Fortbildungswesens ein, der in erster Linie auf die neuen Aufgaben zurückzuführen ist, die sich für die Schulen aus ihrer Unterstellung unter die Kultusministerien ergaben. Ein Blick in den preussischen Etat lehrt, welche außerordentliche Bedeutung diese Schulen heute für Industrie, Handwerk und Landwirtschaft erreicht haben. In diesen Kreisen besteht nun die begründete Sorge, daß eine Unterstellung der Schulen unter die Unterrichtsverwaltung, wo naturgemäß der Schwerpunkt des Unterrichts von der fachlichen Ausbildung auf die allgemeine Bildung verlegt würde, eine Umkehr in den Theorien bedeutet, durch welche die Fortbildungsschulen ihren heutigen hohen Wert für unser Wirtschaftsleben erreicht haben. Man nimmt vielfach an, daß der Plan einer allgemeinen Durchführung des Fortbildungswesens unter ihre Ressort gegeben habe. Aber dieses Ziel sei ebenso zu erreichen, wenn die Schulen unter den Fachministerien verbleiben. Der „M. P. Z.“ folgt dieser Ansicht noch hinzu: „Auch allgemeine Erwägungen sprechen gegen eine solche Ressortveränderung. Die beherrschende Abwegung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium findet ihre Begründung in dem zu umfangreichen Geschäftsbereich des Ministeriums. Aus diesem Grunde ist es schwer verständlich, daß man diese Entlastung durch Uebernahme von wichtigen Zweigen anderer Ministerien wieder aufheben will. Da heutzutage Ressortveränderungen durch förmliche Beratungen vorgenommen werden, so würde die Durchführung nicht der Beschlußfassung des Landtages unterliegen.“

### Deutsches Reich.

Die Entscheidung in Bosen. Zu dem Bericht des „Sächsischen Volksblattes“ über die Vorkommnisse bei den Bosenen Kartierungen schreibt die „Sächsische Zeitung“: Der Bericht des rheinischen Bentrumschäfts ist, soweit er die Entscheidungfrage betrifft, freier funden, im übrigen tendenziös aufgebauscht.





